



Ausschuss für Schule und Weiterbildung

69. Sitzung (öffentlich)

17. Juni 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:55 Uhr bis 13:15 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Große Brömer (SPD)

Protokoll: Günter Labes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2015) **5**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/8650

Der Ausschuss spricht sich mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung von FDP und Piraten für den Gesetzentwurf Drucksache 16/8650 aus.

- 2 Volksinitiative gemäß Artikel 67a der Landesverfassung
„Abitur nach 13 Jahren an Gymnasien: Mehr Zeit für gute Bildung“
(„G9-jetzt!“)** **10**

Unterrichtung
durch die Präsidentin des Landtags
Drucksache 16/8659

Der Ausschuss verständigt sich darauf, zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sondersitzung am 24. 06. 2015 durchzuführen.

- 3 Gesetz zur Sicherung von Schullaufbahnen und zur Weiterentwicklung des Schulrechts (12. Schulrechtsänderungsgesetz)
(siehe Anlagen)** **11**

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/8441
APr 16/907 (Protokoll der Anhörung)

Der Änderungsantrag in Tischvorlage 1 wird mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der FDP angenommen.

Dem Änderungsantrag in Tischvorlage 2 wird mit den Stimmen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten bei Stimmenthaltung der FDP zugestimmt.

Der Gesetzentwurf Drucksache 16/8441 wird mit den zuvor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP bei Stimmenthaltung der Piraten angenommen.

- 4 Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Abiturprüfung für Externe (Externen-Abiturprüfung – PO-Externe-A)** **15**

Vorlage 16/2996

Der Ausschuss kommt überein, über die Verordnung in der Sondersitzung am 24.06.2015 abzustimmen.

- 5 Übergang beeinträchtigter junger Menschen ins Erwerbsleben nicht gefährden – Sonderpädagogische Förderung an Berufskollegs bedarfsgerecht gestalten** 18

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5267

Die CDU kündigt an, den Antrag zurückzuziehen.

- 6 Pädagogische Qualität der Offenen Ganztagschule stärken und Angebote bedarfsgerecht ausbauen!** 19

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7408
APr 16/879 (Protokoll der Anhörung)

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag der Piraten überein, diesen Antrag in der übernächsten Sitzung zu behandeln.

- 7 Datenschutzkultur an Schulen verbessern** 20

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/8635

Der Ausschuss verständigt sich darauf, ein Sachverständigengespräch zu diesem Antrag durchzuführen. Die Details werden die Obleute festlegen.

- 8 Bericht der Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der Länder und des Bundes zu Open Educational Resources (OER)** 21

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2900

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 16/2900 zur Kenntnis.

**9 Copenhagen Psychosocial Questionnaire (COPSOQ) – Handlungs-
konsequenzen für Landesregierung und Schulen aufgrund der
bisherigen Ergebnisse 24**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2906

Der Ausschuss kommt überein, diesen Tagesordnungspunkt
in der nächsten planmäßigen Ausschusssitzung zu
behandeln.

10 Sachstand zu den auslaufenden Schulen in Nordrhein-Westfalen 25

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3000

Der Ausschuss verständigt sich darauf, den
Sachstandsberichts in der nächsten planmäßigen Sitzung zu
behandeln.

**11 Sachstand zu den zusätzlichen Sprachkursen für Flüchtlinge in
Einrichtungen der öffentlich geförderten Weiterbildung 26**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3004

Der Ausschuss hat den Bericht zur Kenntnis genommen.

12 Verschiedenes 27

Gegen den Terminplan 2016 erhebt sich kein Widerspruch.

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer teilt mit, die Obleute hätten verabredet, den in der Tagesordnung ausgewiesenen Tagesordnungspunkt 2 heute nicht zu beraten, sondern dafür eine Sondersitzung am nächsten Mittwoch durchzuführen.

Außerdem gebe es unter den Obleuten eine Verständigung darauf, die Abstimmungen in Fraktionsstärke durchzuführen.

1 **Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2015)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/8650

Ministerin Sylvia Löhrmann (MSW) führt aus:

Die Landesregierung hat am 20. Mai 2015 den Entwurf eines zweiten Nachtrags für das Haushaltsjahr 2015 in den Landtag eingebracht. Der ursprüngliche Anlass für die Vorbereitung eines zweiten Nachtragshaushaltsgesetzes war die haushaltsrechtliche Umsetzung zur Abwicklung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes, das in der vergangenen Woche im Bundesrat beschlossen wurde. Allerdings hat sich gezeigt, dass wir auch eine für den Schulbereich sehr wichtige andere Frage mit klären können, von der wir ursprünglich dachten, wir könnten sie erst zum 1. Februar 2016 klären, weil wir nämlich aufgrund der veränderten Bevölkerungsdaten und insbesondere wegen der Zuwanderungszahlen einen deutlich höheren Stellenbedarf haben werden, als wir bei der Aufstellung des Haushaltes 2015 angenommen haben.

Ich will wegen der Zuschriften, in denen gefragt wird, warum man das nicht gewusst hat, Folgendes sagen: Die Haushaltsaufstellung für den laufenden Haushalt findet in der Regel zwischen März und Juni des Vorjahres statt. Dazu müssen Sie sehen, wann der Bundesinnenminister bestimmte Zahlen und Zuwanderungsdaten anpasst. Das erklärt die Differenz.

Wir übernehmen Verantwortung für all jene, die bei uns Zuflucht und Schutz suchen. Bildung ist für die Integration in unsere Gesellschaft von großer Bedeutung. Insofern enthält der Ihnen vorliegende zweite Nachtragshaushalt 2015 für den Einzelplan 05 die Bereitstellung von zusätzlichen 674 Lehrerstellen schon zum 1. August 2015.

Die aktuelle Schülerzahlprognose auf der Basis der nun in ausgewerteter Form vorliegenden amtlichen Schuldaten für das Schuljahr 2014/2015 sowie die Berücksichtigung der Ergebnisse der nun ebenfalls vorliegenden neuen Bevölkerungsprognose zeigen, dass wir deutlich mehr Schülerinnen und Schüler haben werden als bisher erwartet. Der Grund ist im Wesentlichen die unerwartet höhere Zuwanderung. Daraus folgt, dass wir einen höheren Grundstellenbedarf haben werden als bei der Planung und Verabschiedung des Haushaltes 2015 bekannt war.

Für die schon jetzt laufende Bewirtschaftungsplanung war zunächst die Abdeckung des Grundbedarfs vorrangig. Deshalb sieht der Bewirtschaftungserlass an die Bezirksregierungen für das Schuljahr 2015/2016 vor, übergangsweise, wie ich betone, rund 1.000 Stellen aus den insgesamt 4.000 Stellen gegen Unterrichtsausfall und für individuelle Förderung zur Abdeckung des Grundbedarfs zu nutzen. Nach den derzeitigen Prognosen ist davon auszugehen, dass zum 1. August 2016 trotz Nutzung der sogenannten demografischen Effekte noch 674 zusätzliche Stellen zur Abdeckung des Grundbedarfs benötigt werden. Mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2015 sollen diese 674 Stellen bereits zum 1. August 2015 bereitgestellt werden. Damit kann der erhöhte Grundstellenbedarf schon zum Schuljahresbeginn 2015/2016 wieder mit originären Grundbedarfsstellen gedeckt werden.

Welcher Grundbedarf sich tatsächlich für das Schuljahr 2015/2016 ergeben wird, erfahren wir wieder erst mit den amtlichen Schuldaten für das Jahr 2015/2016, die voraussichtlich im Frühjahr 2016 in ausgewerteter Form vorliegen werden. Insofern besteht wie immer bei Aufstellungsplanung und Stellenplanung, Bewirtschaftungserlass und Nachvollzug ein gewisses Prognoserisiko.

Die zusätzlichen Stellen sind mit einem kw-Vermerk zum 1. August 2018 versehen. Der entsprechende Besoldungsansatz wird um rund 14,52 Millionen € erhöht.

Das ist – wir kennen die Haushaltsdiskussion – angesichts der Bemühungen von Regierung und Parlament mit Blick auf die Nettoneuverschuldung, Schuldenbremse und andererseits erhöhten Anforderungen durch die Zuwanderung im Einzelplan des Innenministers wie auch in anderen Fachplänen aus meiner Sicht ein gutes Zeichen für die Schulen, dass sich Landesregierung – ich gehe davon aus, auch das Parlament – und Parlament der Verantwortung für die gute Beschulung der neu zugewanderten Kinder und Jugendlichen, aber auch der Unterrichtsversorgung in unseren Schulen insgesamt, bewusst sind.

Sigrid Beer (GRÜNE) erklärt, ihre Fraktion begrüße, bezüglich dieser Fragen auf mehr Lehrerstellen setzen zu können. Das trage dazu bei, gemeinsam die Herausforderungen zu meistern und den zugewanderten Kindern und Jugendlichen gute Perspektiven in diesem Land zu eröffnen. Die vielfältigen Maßnahmen der Landesregierung unterfütterten dieses Bemühen, was im Schulbereich ebenfalls deutlich werde.

Petra Vogt (CDU) erinnert daran, dass der Sachverhalt schon in der vergangenen Beratungssitzung des Schulausschusses intensiver diskutiert worden sei. Für die

Schulen gebe es positive Signale, auch wenn vorübergehend nicht in ausreichendem Maße. Da die CDU-Fraktion aber generell mit dem Haushalt Probleme habe, der gerade im Schulbereich ganz anders aufgestellt sein sollte, werde sie dagegen votieren.

Yvonne Gebauer (FDP) verweist darauf, in der letzten Beratungssitzung angemerkt zu haben, dass die Landesregierung verständlicherweise keine klaren Prognosen darüber abgeben könne, wie viele Flüchtlinge in Zukunft noch zu erwarten seien. Allerdings habe die FDP-Fraktion sehr früh zu bedenken gegeben, dass die erstmals eingerichteten 300 Stellen nicht ausreichten, was sich nun bestätige. Jetzt gebe es 674 Stellen. Dabei bleibe zu den angenommenen 1.013 Stellen im Bereich Grundbedarf Unterrichtsausfall immer noch ein zu schließendes Delta. Somit sei ihre Fraktion noch nicht vollkommen zufrieden. Sie bitte zu erläutern, wie nach der Vorstellung der Landesregierung das genannte Delta geschlossen werden solle. Die FDP-Fraktion werde sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Renate Hendricks (SPD) begrüßt für die SPD-Fraktion diesen Gesetzentwurf, weil Bildung der Schlüssel für jede Integration darstelle. Gelingen es nicht, die ankommenden Flüchtlingskinder von Anfang an zu beschulen, bestehe keine Möglichkeit, diesen eine vernünftige Perspektive in diesem Land zu bieten. Deshalb sei die Einstellung der 674 Stellen im Haushalt der richtige Weg und werde befürwortet. Es drehe sich natürlich um Prognosezahlen, auf denen die ergriffenen Maßnahmen basierten. Wie mit diesem Nachtragshaushalt erkennbar werde, müsse manchmal nachgesteuert werden. Die Regierung habe aber auf der Grundlage der Prognosezahlen versucht, eine realistische Größe abzuschätzen.

Monika Pieper (PIRATEN) erkundigt sich danach, welche Zahlen der Prognose zugrunde gelegen hätten, und bekundet, auch die Piraten begrüßten die Schaffung von Lehrerstellen. Allerdings werde bezweifelt, ob die Zahl ausreiche. Auch wenn sie ein Schritt in die richtige Richtung bedeute, werde wohl wieder nachgebessert werden müssen. Die Piraten kritisierten prinzipiell die Unterversorgung mit Lehrern an Schulen, weshalb sie sich ebenfalls bei der Abstimmung der Stimme enthalten würden.

Ministerin Sylvia Löhrmann (MSW) dankt für die tendenziell konstruktiven Hinweise aus diesem Ausschuss, und zwar auch aus dem Kreis der Opposition.

„Gefühlt zu wenig“ bedeute auch in der Argumentation gegenüber dem Finanzminister etwas anderes, als wenn man über dokumentierte Zahlengrundlagen verfüge. Eine Lücke gebe es wegen der veränderten Zuwanderungszahlen und aufgrund der Bevölkerungsprognose, die die Landesregierung alle drei Jahre anstellen müsse. Die Lücke werde belegt durch die Zahlen im Rahmen der Bevölkerungsentwicklung, die konform gingen mit den Daten, über die das Schulministerium anhand der amtlichen Schuldaten verfüge, die immer zum 15. Oktober erhoben würden, wo sich welche Kinder befinden würden. Auf der Grundlage umfänglicher Auswertung dieser Daten finde immer das Haushaltsaufstellungsverfahren für das Folgeschuljahr und das

Haushaltsjahr statt. Oft fielen die Abweichungen nicht so stark aus, manchmal gebe es einen Ausgleich wegen Verschiebungen zwischen den unterschiedlichen Schulformen, die nicht so gravierend seien als die Feststellung, dass sich rund 17.000 Kinder mehr im System bewegten.

Nachdem der Haushalt 2015 schon beschlossen gewesen sei, habe man innerhalb der Regierung verabredet, auf jeden Fall mit dem Haushalt 2016 diese Lücke zu schließen. Üblicherweise würden Schulstellenzahlen immer zum 1. August verabredet. In diesem Fall sei schon besprochen gewesen, diese Stellen zum 1. Februar besetzen zu können. Aber über den Nachtragshaushalt würden unabweisbare Sachverhalte aufgegriffen. Darüber gebe es die verbesserte Situation, diese Stellen schon zum 1. August besetzen zu können. Die Stellen seien nicht aus dem Grundbedarf weggenommen worden, sondern diesen habe man entsprechend dem Vorgehen der Vorgängerregierungen vorrangig gedeckt. Deswegen gebe es die vorübergehende Entnahme der Stellen aus den 4.000 Stellen für die individuelle Förderung und die Unterrichtsversorgung. Diesen 4.000 Stellen flössen die neuen Stellen zu. Dass nicht rund 1.000 genommen würden, hänge damit zusammen, dass regulär ab dem 1. August auch noch Demografieeffekte existierten, aber nicht mehr so viel wie ursprünglich einmal gedacht. Jetzt gebe es keine ungebundenen Demografieeffekte mehr. Aus diesem Grunde seien zusätzliche Lehrerstellen über die 9.500 hinaus, die man schon zwischen 2010 und 2015 zur Verbesserung der Unterrichtssituation im System belassen habe, geschaffen worden.

Hinzu kämen die Stellen für Integration. Diese bisher rund 3.500 Mehrbedarfsstellen würden für Integrationsmaßnahmen genutzt, und zwar auf Antrag von Schulen, die besondere Herausforderungen im Bereich der Integration stemmen müssten, unabhängig davon, ob es sich um zugewanderte Kinder drehe, Flüchtlingskinder oder Kinder in bestimmten sozialen Milieus. Diesen Topf hätten die Koalitionsfraktionen am Ende des Haushaltsberatungsverfahrens für den Haushalt 2015 um 300 aufgestockt, um Willkommensklassen und ähnliches einzurichten und die ins Land gekommenen Kinder verstärkt in Deutsch zu schulen. Somit habe Nordrhein-Westfalen insgesamt für die Zuwanderung 674 plus 300 Stellen zusätzlich geschaffen. Das bedeute eine große Leistung, mit der erkennbar eine Verbesserung einhergehe.

Ob das reiche, werde beobachtet. Die Regierung werde mit den dabei gewonnenen Erkenntnissen umgehen müssen. Anders könne nicht vorgegangen werden. Es sollten nicht wegen eines Gefühls Stellen auf Reserve geschaffen werden. Angestrebt werde, insbesondere diese 300 Stellen sehr qualifiziert zu besetzen, und zwar mit Leuten, die Deutsch als zweite Sprache, also als Bildungssprache hätten, damit gut geschultes Personal zur positiven Begleitung der Schülerinnen und Schüler eingesetzt würden.

Aus all den dargelegten Gründen werbe sie für ein positives Votum für diese Stellen.

Michele Marsching (PIRATEN) fragt nach, ob es überhaupt genügend wunschgemäß ausgebildete Lehrer gebe. Die Bereitstellung von Stellen löse nämlich noch nicht das Problem.

Ministerin Sylvia Löhrmann (MSW) antwortet, sie komme gerade von einer bundesweiten Tagung in Köln, bei der es um die Beschulung der Kinder gegangen sei, die auf großes Interesse gestoßen sei. In NRW bestehe die gute Situation, dass seit dem Lehrerausbildungsgesetz aus dem Jahr 2009 Deutsch als Zweitsprache ein Pflichtmodul der ersten Lehrerausbildungsphase darstelle. Damals sei Nordrhein-Westfalen als einziges Bundesland in dieser Weise vorgegangen. Inzwischen hätten das auch Berlin und Hamburg. Unabhängig davon, für welche Fächer und für welche Schulform studiert werde, Lehrerinnen und Lehrer bräuchten ein Grundmodul Deutsch als Zweitsprache, weil nicht nur die Deutschlehrer sozusagen Sprachlehrer seien, sondern das müssten alle Lehrer sein. Diese Studierenden rückten nach und nach ins System. Darüber hinaus existierten schon seit den 80er-Jahren gute Fortbildungen für Deutsch als Zweitsprache. Seinerzeit seien mit Blick auf die Gastarbeiterkinder die ersten Fortbildungselemente entwickelt worden. Auf solche guten Maßnahmen werde jetzt zurückgegriffen. Bei den 300 speziell für Deutschförderung gedachten Stellen gehe das Ministerium gestuft worden. Zunächst werde versucht, grundständig ausgebildete Kolleginnen und Kollegen dafür zu gewinnen, die Deutsch als Zweitsprache hätten. Für Stellen, die auf diese Weise nicht besetzt werden könnten, greife Stufe zwei. Dann würden Kolleginnen und Kollegen genommen, die sich bereit erklärten, begleitend zum Unterricht eine entsprechende Qualifizierungsmaßnahme wahrzunehmen. Das Ziel bestehe darin, eine sehr gut qualifizierte Besetzung der Stellen zu erreichen. Von den 300 Stellen seien nach aktuellem Stand 272 besetzt, vor einer Woche seien es erst 250 gewesen. Die Bezirksregierungen gingen also sehr qualifiziert vor.

Yvonne Gebauer (FDP) bittet um einen Bericht der Landesregierung, was die neuen Bevölkerungsprognosen für die bereits berechneten Demografiegewinne und für die ergriffenen Maßnahmen bedeute.

Ministerin Sylvia Löhrmann (MSW) verweist darauf, bei ihrem Ministerium liege nicht die Federführung, sondern dieses habe nur Zahlen geliefert. Sie werde aber prüfen, ob und in welcher Form dem Wunsch Rechnung getragen werden könne. Wenn dies möglich sei, werde natürlich entsprechend berichtet.

Der Ausschuss spricht sich mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung von FDP und Piraten für den Gesetzentwurf Drucksache 16/8650 aus.

